

Das diskrete Beschweigen der NS-Vergangenheit in der Nachkriegszeit

Funktionale Tabuisierung oder problematische Verdrängung?

Stefan Kühl

Working Paper 4/2024

Mitte der 1960er Jahre traf der Schlagersänger Freddy Quinn mit dem Lied „Vergangen, vergessen vorüber“ den damaligen Zeitgeist in der Bundesrepublik Deutschland. Auch wenn es in dem Lied um das Sterben eines Matrosen ging, brachte der Refrain die Hoffnung breiter Teile der Bevölkerung auf den Punkt, der sich als Mantel des Schweigens über ihr Wirken im NS-Staat legen sollte. Es sei jetzt, so der Tenor, schlicht an der Zeit über ihr Wirken in Hitlerjugend oder Bund Deutscher Mädel, im Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbund oder der Deutschen Arbeitsfront, der NSDAP, der SA oder SS zu schweigen.¹

Dieser bis weit in die 1960er Jahre dominierende Drang zum Vergessen war ein treibendes Motiv für die Studentenbewegung in der Bundesrepublik Deutschland. Es ging ihr dabei nicht nur um den Muff der „tausend Jahre“ des NS-Staates, der sich unter den Talaren ihrer Universitätsprofessoren gehalten hat, sondern allgemein um die weitgehend ungebrochenen Karrieren der ehemaligen nationalsozialistischen Funktionsträger in Politik, Recht, Wirtschaft, Wissenschaft, Medizin, Religion, Sport und Massenmedien. Für die Demokratie, so die Kritik aus der Studentenbewegung, sei es verheerend, wenn die eigene Vergangenheit systematisch verdrängt werde.²

In den 1980er Jahren widersprach der Philosoph Hermann Lübbe dieser These einer Demokratisierung, durch eine aktive Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit. Auf einer Konferenz im Berliner Reichstagsgebäude zum fünfzigjährigen Jahrestag der nationalsozialistischen Machtübernahme, stellte er die moralische Empörung über das Beschweigen der eigenen Verwicklung in der NS-Zeit grundlegend in Frage. Vielmehr sei die Massenintegration früherer Nationalsozialisten in die Bundesrepublik, so seine These, erst durch das „diskrete Beschweigen“ derer Vergangenheit in der NS-Zeit möglich gewesen.³

¹ Das Lied von Freddy Quinn präsentiert sich als Matrosenlied, in dem geschildert wird, dass es für den gekenterten Seemann kein Kreuz auf dem Meer gibt. Eine zeithistorische Einordnung des Liedes gibt es meines Wissens noch nicht. Thomas Klug hinterlegt mit diesem Lied sein Radio-Essay über Fritz Bauer. Siehe Klug, Thomas (2023): Zeitzeichen - 16. Juli 1903 - Der Jurist Fritz Bauer wird geboren. Online verfügbar unter <https://www1.wdr.de/radio/wdr5/sendungen/zeitzeichen/zeitzeichen-fritz-bauer-100.html>.

² Zur Zuspitzung des Gedankens in der These einer „Gegen-Identifizierung“ der 68er Bewegung mit den während der NS-Zeit Verfolgten; siehe *Ulrike Jureit, Christian Schneider: Gefühlte Opfer. Illusionen der Vergangenheitsbewältigung.* Stuttgart 2010.

³ Die Rede ist mehrmals abgedruckt worden, zuerst in *Hermann Lübbe: Es ist nichts vergessen, aber einiges ausgeheilt. Der Nationalsozialismus im Bewußtsein der deutschen Gegenwart.* In: Frankfurter Allgemeine Zeitung (24.1.1983), S. 9. Dann als ders.: *Der Nationalsozialismus im deutschen Nachkriegsbewußtsein.* In: *Historische Zeitschrift* 236 (1983), S. 579–599.; dann in ders.: *Der Nationalsozialismus im politischen*

Diese mehrheitlich stillschweigende Integration der nationalsozialistischen Funktionsträger hätte, so Lübke, nicht mit einer „politischen Rehabilitierung nationalsozialistischen Engagements“ zu tun.⁴ Vielmehr wäre es in der Bundesrepublik möglich gewesen, die ehemaligen Nationalsozialisten aufgrund ihrer nationalsozialistischen Vergangenheit zu disziplinieren. Gerade ehemalige NS-Kader mussten in der Bundesrepublik jederzeit damit rechnen, dass sie bei den Auseinandersetzungen um die nächste Karrierestufe, parteiinternen Debatten und öffentlichen Disputen, mit ihren nationalsozialistischen Hintergründen konfrontiert werden konnten. Deswegen mussten sich besonders die früheren NS-Funktionäre jeder offenen Sympathie mit nationalsozialistischem Gedankengut enthalten, um ihre Karrieren nicht zu gefährden.⁵

Beispiele für Hermann Lübkes These für einen solchen Wandel vom überzeugten Parteigenossen zum Bundesbürger lassen sich problemlos finden.⁶ Reinhard Höhn, einer der führenden nationalsozialistischen Staatsrechtler und zuletzt SS-Gruppenführer, entwickelte nach dem Zweiten Weltkrieg mit dem Harzburger Modell das führende Managementkonzept der Nachkriegszeit und pries dieses als Mittel an, um aus Untertanen selbständig handelnde Mitarbeiter und demokratisch denkende Staatsbürger zu machen.⁷ Helmut Schelsky, Aktivist des Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbundes, Mitglied der NSDAP und Autor einer Rechtfertigungsschrift für die Vernichtung „lebensunwerten Lebens“, diente als Direktor der Sozialforschungsstelle in Dortmund als einer der prominentesten Verfechter der Demokratie in der bundesrepublikanischen Wissenschaftsszene.⁸ Nahezu prototypisch war der Fall des SS-Hauptsturmführers, Abteilungsleiters im persönlichen Stab von Heinrich Himmler und Germanisten Hans Ernst Schneider, der sich von seiner Frau nach dem Krieg für tot erklären ließ, und sich dann unter dem Namen Hans Schwerte als linksliberaler Literaturwissenschaftler neu erfand und so Rektor der Aachener Universität werden konnte.⁹

Bewußtsein der Gegenwart. In: *Martin Broszat u.a.* (Hrsg.): Deutschlands Weg in die Diktatur. Referate und Diskussionen : ein Protokoll. Berlin 1983, S. 329–349. Und zuletzt in ders.: Vom Parteigenossen zum Bundesbürger. Über beschwiegene und historisierte Vergangenheiten. München 2007, S. 11–38.

⁴ So die spätere Formulierung in *Hermann Lübke*: Deutschland nach dem Nationalismus 1945-1990. Zum politischen und akademischen Kontext des Falles Schneider alias Schwerte. In: *Helmut König, Wolfgang Kuhlmann, Klaus Schwabe* (Hrsg.): Vertuschte Vergangenheit. Der Fall Schwerte und die NS-Vergangenheit der deutschen Hochschulen. München 1997, S. 182–206, 187f.

⁵ *H. Lübke*: Der Nationalsozialismus im politischen Bewußtsein der Gegenwart (wie Anm. 3), S. 337. Es war, so Lübke, „unvermeidlich, wenn auch nicht immer respektabel“, dass immer wieder „braune Biographieanteile“ für politische Zwecke genutzt wurden, die nicht unbedingt etwas mit der Entfernung von ehemaligen Nazis aus Führungspositionen zu tun hatten.

⁶ Siehe dazu auch die Fallstudien in *Wilfried Loth, Bernd-A. Rusinek* (Hrsg.): Verwandlungspolitik. NS-Eliten in der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft. Frankfurt a.M., New York 1998.

⁷ Siehe zu Höhn die biographischen Arbeiten von *Johannes Jenß*: Die "Volksgemeinschaft" als Rechtsbegriff. Die Staatsrechtslehre Reinhard Höhns (1904-2000) im Nationalsozialismus. Frankfurt a.M. 2017. und *Alexander O. Müller*: Reinhard Höhn. Ein Leben zwischen Kontinuität und Neubeginn. Berlin 2019.

⁸ Siehe zu Helmut Schelsky beispielsweise *Clemens Albrecht*: Gefundene Wirklichkeit. Helmut Schelsky und die geistige Physiognomie politischer Konversion. In: *Sonja Asal, Stephan Schlak* (Hrsg.): Was war Bielefeld? Eine ideengeschichtliche Nachfrage. Göttingen 2009, S. 64–83; *Rolf Hinder*: Der Fall Helmut Schelsky. Exkurs über eine faschistische Soziologie von Rang. In: *Zeitschrift für Geopolitik* 37 (1966), S. 45–52. In seinem Buch zur Vergangenheitspolitik geht Hermann Lübke selbst auf den Fall Schelsky ein; siehe *H. Lübke*: Vom Parteigenossen zum Bundesbürger (wie Anm. 3), 62ff.

⁹ Siehe dazu als Monographien *Ludwig Jäger*: Seitenwechsel. Der Fall Schneider/Schwerte und die Diskretion der Germanistik. München 1998. oder *Claus Leggewie*: Von Schneider zu Schwerte. Das ungewöhnliche Leben eines Mannes, der aus der Geschichte lernen wollte. München 1998. Als knappe Überblicke *Gjalt R. Zondergeld*: Hans Ernst Schneider und seine Bedeutung für das SS-Ahnenerbe. In: *Helmut König, Wolfgang Kuhlmann, Klaus Schwabe* (Hrsg.): Vertuschte Vergangenheit. Der Fall Schwerte und die NS-Vergangenheit der deutschen Hochschulen. München 1997, S. 14–30.; *Ludwig Jäger*: Germanistik - eine deutsche Wissenschaft. Das Kapitel Hans Ernst Schneider. In: *Helmut König, Wolfgang Kuhlmann, Klaus Schwabe* (Hrsg.): Vertuschte

Und vermutlich kann mit Abstrichen auch Hermann Lübbe, der seit dem 20.4.1944 selbst als NSDAP Parteimitglied geführt wurde, als Beleg für seine These angesehen werden.¹⁰

Mehrere Rahmenbedingungen schienen dazu beigetragen zu haben, dass die Integration der NS-Funktionäre in einer Demokratie durch das Beschweigen derer Verwicklung in einen diktatorischen Unrechtsstaat gelingen konnte: Die Besetzung Deutschlands durch die Siegermächte und eine konsequente Unterdrückung von Versuchen zur Reetablierung einer nationalsozialistischen Ordnung, entmutigte das Festhalten an im NS-Staat vertretene Positionen. Die breite Berichterstattung über die Massenmorde an der jüdischen Bevölkerung im Rahmen der Nürnberger Prozesse erschwerte es erheblich, sich weiter mit der nationalsozialistischen Ideologie identifiziert zu zeigen. Gleichzeitig ermöglichte die anfängliche Fokussierung der Strafverfolgung auf die Hauptkriegsverbrecher, dass die breite Bevölkerung sich nicht mit ihrer eigenen Beteiligung an den Verbrechen konfrontiert sehen mussten.¹¹

Ohne es sich selbst bewusst zu werden, nutzte Lübbe für sein Argument den damals besonders unter progressiven Kriminologen und Soziologen populären Etikettierungsansatz.¹² Dessen Grundgedanke ist, dass Verhalten vorrangig das Ergebnis von Zuschreibungen ist. Wenn eine Jugendliche von der Polizei wie eine Kriminelle behandelt wird, verhält sie sich irgendwann auch wie eine.¹³ Wenn eine gesunde Person in eine Psychiatrie eingewiesen und von Pflegern und Ärzten wie eine psychisch erkrankte Patientin behandelt wird, droht sie sich irgendwann auch wie eine zu verhalten.¹⁴ Wenn ein ehemaliger nationalsozialistischer Parteigenosse, so letztlich die konsequente Weiterführung des Arguments, nicht permanent mit seiner Vergangenheit konfrontiert wird, sondern wie ein guter Demokrat behandelt wird, dann kann er sich zu einem gut integrierten Bundesbürger wandeln.¹⁵

Die Provokation Hermann Lübbes ging nicht von der Feststellung aus, dass sich überzeugte Nationalsozialisten weitgehend problemlos in die Bundesrepublik Deutschland integrieren

Vergangenheit. Der Fall Schwerte und die NS-Vergangenheit der deutschen Hochschulen. München 1997, S. 31–45. *Klaus Weimar*: Der Germanist Hans Schwerte. In: *Helmut König, Wolfgang Kuhlmann, Klaus Schwabe* (Hrsg.): Vertuschte Vergangenheit. Der Fall Schwerte und die NS-Vergangenheit der deutschen Hochschulen. München 1997, S. 46–61. *Bernd-A. Rusinek*: Die Kritiker-Fälle: Wie man in Verdacht geraten kann. Goldhagen und der Funktionalismus. In: *Johannes Heil, Rainer Erb* (Hrsg.): Geschichtswissenschaft und Öffentlichkeit. Der Streit um Daniel Goldhagen. Frankfurt a.M. 1998, S. 110–130. Lübbe behandelt den Fall „Schneider alias Schwerte“ selbst in *H. Lübbe*: Deutschland nach dem Nationalismus 1945-1990 (wie Anm. 4).

¹⁰ Siehe dazu *Hermann Lübbe*: Hermann Lübbe im Gespräch. Paderborn 2010, 55ff. *H. Lübbe*: Vom Parteigenossen zum Bundesbürger (wie Anm. 3), 66ff.

¹¹ Angesichts dieser spezifischen Rahmenbedingungen eignet sich dieser auf den ersten Blick erfolgreich wirkende Umgang mit der personalen Kontinuität in der Bundesrepublik nicht als zu empfehlende Blaupause für die Vergangenheitspolitik in anderen Ländern mit einer totalitären Vergangenheit.

¹² Es fällt jedenfalls auf, dass weder Lübbe noch seine Kritiker, die offensichtliche Verbindung zum Etikettierungsansatz benannten. Grund könnte sein, dass der Etikettierungsansatz eher als Theorie linker Sozialwissenschaftler verstanden wurde und deswegen Lübbe sich mit diesem Ansatz trotz struktureller Ähnlichkeiten nicht identifiziert sehen wollte.

¹³ Siehe dazu aus einer historisch informierten Perspektive früh *Frank Tannenbaum*: *Crime and the Community*. New York 1938.

¹⁴ Siehe dazu das Experiment von *David L. Rosenhan*: *On Being Sane in Insane Places*. In: *Science* 179 (1973), S. 250–258.

¹⁵ Die Formulierung vom „Parteigenossen“ zum „Bundesbürger“ verwendet Lübbe in seinem zwei Jahrzehnte nach der Diskussion erschienenen Buch über die Debatte. Siehe *H. Lübbe*: *Vom Parteigenossen zum Bundesbürger* (wie Anm. 3)

ließen.¹⁶ Auch wenn die Dimension der personalen Kontinuitäten von einem NS-Staat in die Bundesrepublik erst durch die ausführlichen Studien über die Geschichte von Unternehmen, Ministerien, Verwaltungen, Krankenhäusern und Kultureinrichtungen bekannt wurden, war damals schon allgemein verbreitet, dass sich die Bundesrepublik Deutschland maßgeblich auf die Leistung früherer NS-Funktionäre stützen konnte. Die Provokation lag vielmehr darin, dass er der anerkannten Tatsache einer personellen Kontinuität einen spezifischen funktionalistischen Dreh gab.¹⁷ Die Funktion personeller Kontinuität sieht er anders als das damals als akzeptabel geltende Argument nicht darin, dass die Eliten des NS-Staates notwendig gewesen sind, um die Verwaltungen, Gerichte, Universitäten, Krankenhäuser und Unternehmen wieder ins Laufen zu bringen, sondern vielmehr in deren erfolgreichen Integration in einen demokratischen Rechtsstaat durch das kollektive Beschweigen ihrer Vergangenheit.¹⁸

Die Reaktion auf die Provokation Lübbes war vorhersagbar. Gegen ein funktionalistisches Argument kann immer der Vorwurf vorgebracht werden, dass nicht nur ein soziales Phänomen erklärt, sondern auch gerechtfertigt werden soll.¹⁹ Lübbes Rede brach, so denn auch der Vorwurf des Philosophen Wolfgang Fritz Haug, das „Schweigen über das Schweigen, indem sie es rechtfertigte“.²⁰ Die These vom Nutzen des Beschweigens der Vergangenheit hätte, so der Historiker Axel Schildt, das „weltanschauliche Komfortbedürfnis“ jener „Teile der Gebildeten“ bedient, die „nichts mehr von den Versäumnissen der Vergangenheit hören wollten“ und dafür „eine intelligente Apologie benötigten“.²¹

Schon die These von der Funktionalität des diskreten Beschweigens der NS-Vergangenheit hätte ausgereicht, um eine Kontroverse auszulösen.²² Auch wenn das weitgehende Beschweigen des nationalsozialistischen Personals in der Bundesrepublik Deutschland für die Etablierung eines demokratischen Rechtsstaates funktional gewesen sein mag, waren die

¹⁶ Siehe dazu auch *Norbert Frei*: *Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit*. München 1996, 12ff., der feststellt, dass Integration neben Amnestie und Abgrenzung zentrale Elemente der Vergangenheitspolitik in der Nachkriegszeit waren.

¹⁷ Siehe dazu mit anderen Schlussfolgerungen mit Verweis auf die Bundestagsdebatten 1949 bis 1997 *Helmut Dubiel*: *Niemand ist frei von der Geschichte. Die nationalsozialistische Herrschaft in den Debatten des Deutschen Bundestages*. München 1999, 14f. und 83. Auch Dubiel argumentiert letztlich funktionalistisch, wenn er herausstellt, dass die spätere ausführliche Debatte über die NS-Vergangenheit für die Qualität der Demokratie im Nachkriegsdeutschland wichtig war.

¹⁸ Axel Schildt spricht davon, dass Lübbe die unter Historikern verbreitete Annahme einer „Ruhephase“ bezüglich der Thematisierung des Nationalsozialismus „quasi systemtheoretisch“ variierte. Siehe *Axel Schildt*: *Der Umgang mit der NS-Vergangenheit in der Öffentlichkeit der Nachkriegszeit*. In: *Wilfried Loth, Bernd-A. Rusinek* (Hrsg.): *Verwandlungspolitik. NS-Eliten in der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft*. Frankfurt a.M., New York 1998, S. 19–54, hier S. 22.

¹⁹ Die Kontroverse, ob eine mangelnde öffentliche Auseinandersetzung zu einer Labilität der Demokratie in der Bundesrepublik führte oder ob ein Beschweigen der nationalsozialistischen Vergangenheit „Wunden“ heilte, findet sich auch in den Debatten des Bundestages. Siehe zum Beispiel die Kontroverse zwischen dem SPD Abgeordneten Heinz Menzel und dem CDU Abgeordneten und späteren Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger in der Debatte über die Flucht des Leiters des Bundesamtes für Verfassungsschutz Otto John in die DDR im Jahr 1954; dazu aufschlussreich *H. Dubiel*: *Niemand ist frei von der Geschichte* (wie Anm. 17), 61ff.

²⁰ *Wolfgang Fritz Haug*: *Vom hilflosen Antifaschismus zur Gnade der späten Geburt*. Hamburg 1987, S. 186.

²¹ *Axel Schildt*: *Zur Durchsetzung einer Apologie. Hermann Lübbes Vortrag zum 50. Jahrestag des 30. Januar 1933*. In: *Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History* 10 (2013), S. 148–152, 148f.

²² Siehe auch Lübbes Selbsteinschätzung in *Hermann Lübbe*: *Vedrängung? Über eine Kategorie zur Kritik des deutschen Vergangenheitsverhältnisses*. In: *Forum für Philosophie Bad Homburg* (Hrsg.): *Zerstörung des moralischen Selbstbewußtseins: Chance oder Gefährdung? Praktische Philosophie in Deutschland nach dem Nationalsozialismus*. Frankfurt a.M. 1988, S. 217–228.

Kosten dieser Tabuisierungspolitik extrem hoch. Den Preis für das diskrete Beschweigen der nationalsozialistischen Vergangenheit zahlten letztlich die überlebenden Opfer des Nationalsozialismus, die nicht nur für ihr Leiden im NS-Staat kaum Gehör fanden, sondern sich nach dem Zweiten Weltkrieg häufig gezwungen sahen, mit ihren damaligen Verfolgern zusammenzuarbeiten.²³

Aber Hermann Lübke zog zusätzlichen Tadel auf sich, weil er seine These mit einer heftigen Kritik an dem Aufdeckungswillen der Studentenbewegung verband.²⁴ Er kritisierte, dass es der Studentenbewegung darum ginge, die Geschichte der Bundesrepublik „als eine Geschichte der unvollendeten Überwindung des Nationalsozialismus“ umzuschreiben.²⁵ Durch sie hätte sich eine „Atmosphäre des Verdachts“ ausgebreitet, in der mit dem „Gestus der Entlarvung“ die NS-Vergangenheit zentraler Leistungsträger in der Bundesrepublik thematisiert wurde.²⁶

Hier wird deutlich, wie ab den 1970er Jahren die Debatte über die nationalsozialistische Vergangenheit mit der Einschätzung der Wirkung der Studentenbewegung auf die Kultur der Bundesrepublik geprägt war.²⁷ Einerseits konnten die in politische, akademische und kulturelle Ämter kommenden Anhänger der Studentenbewegung sich schon aus moralischen Gründen nicht mit dem Gedanken anfreunden, dass es für eine Stabilisierung einer Demokratie hilfreich sein kann, Personen nicht an ihre nationalsozialistische Vergangenheit zu erinnern.²⁸ Andererseits konnte sich Lübke aufgrund seines nicht zu überhörenden und überlesenden Ressentiments gegen die Studentenbewegung, nicht mit dem Gedanken

²³ Für diese „zweite Schuld“ der stillschweigenden Weiterbeschäftigung der nationalsozialistischen Funktionsträger, fehlte lange Zeit das Verständnis. Siehe zur Terminologie der „zweiten Schuld“ *Ralph Giordano: Die zweite Schuld oder von der Last Deutscher zu sein.* Köln 2008. Siehe dazu *Gesine Schwan: Politik und Schuld. Die zerstörerische Macht des Schweigens.* Frankfurt a.M. 1997, 69ff.

²⁴ Siehe Carola Stern in der Aussprache zum Vortrag: „Ich höre stattdessen in Ihrem Vortrag — ich übertreibe; entschuldigen Sie die Überspitzung — es ist alles eigentlich gut gelaufen, wenn nur die Linken nicht dazwischen gekommen wären.“ Siehe *Carola Stern: Podiumsdiskussion zum Thema des Abschlußvortrages.* In: *Martin Broszat u.a. (Hrsg.): Deutschlands Weg in die Diktatur. Referate und Diskussionen : ein Protokoll.* Berlin 1983, S. 355–357, hier S. 355. Siehe auch Hans-Ulrich Wehler in der Aussprache: "Ich muß gestehen, daß ich mich, wie Frau Stern, in der schönen heilen Welt von Herrn Lübke, derjenigen der 50er und 60er Jahre, nicht zurechtfinde, bis dann 1968 der Einbruch des existentiell Bösen erfolgte und die Verfallsgeschichte beginnt." *Hans-Ulrich Wehler: Podiumsdiskussion zum Thema des Abschlußvortrages.* In: *Martin Broszat u.a. (Hrsg.): Deutschlands Weg in die Diktatur. Referate und Diskussionen : ein Protokoll.* Berlin 1983, S. 358–3361, 358f.

²⁵ *H. Lübke: Der Nationalsozialismus im politischen Bewußtsein der Gegenwart (wie Anm. 3), S. 339.*

²⁶ Ebd., S. 341.

²⁷ Zur abgrenzenden Rezeption der Studentenbewegung durch Hermann Lübke siehe sein Buch ders.: *Endstation Terror. Rückblick auf lange Märsche.* Stuttgart 1978. Siehe zu Haltung Lübkes zur Studentenbewegung auch *Dirk van Laak: Gespräche in der Sicherheit des Schweigens.* Carl Schmitt in der politischen Geistesgeschichte der frühen Bundesrepublik. Berlin 1993, S. 279.

²⁸ Diese Auseinandersetzung kristallisierte sich an der Person Hans-Martin Schleyer, dessen Entführung und Ermordung von der RAF auch mit seiner Bedeutung als SS-Mann in der NS-Zeit legitimiert wurde. Siehe dazu das Gedankenexperiment von Jochen Hörisch, was passiert wäre, wenn man „seinerzeit paradigmatisch über die Vergangenheit des Arbeitgeberpräsidenten Hans-Martin Schleyer diskutiert und sie nicht kollektiv beschwiegen hätte — welch kollektives Beschweigen zu brechen ja ein Ziel des RAF-Terroraktes war, das eben durch diesen Terrorakt erneut verstellt wurde.“ Siehe *Jochen Hörisch: "Verhaften Sie die üblichen Verdächtigen". Unheimliche Dimensionen in den Fällen Schneider/Schwerte, Paul de Man, Jauß.* In: *Wilfried Loth, Bernd-A. Rusinek (Hrsg.): Verwandlungspolitik. NS-Eliten in der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft.* Frankfurt a.M., New York 1998, S. 181–196, 191f.

anfreunden, dass die Funktionalität des Beschweigens für die Stabilisierung der Demokratie an Bedeutung verlieren kann.²⁹

Aufgrund der eigenen Vergangenheit als Zeitgenossen fehlte in der Debatte über die Funktion des kommunikativen Beschweigens eine Sensibilität für die Zeitdimension. Im Rückblick kann man feststellen, dass das Beschweigen der Vergangenheit die Integration einer Vielzahl nationalsozialistischer Funktionsträger in die Demokratie der Bundesrepublik Deutschland erleichtert hat. Spätestens mit dem altersbedingten Ausscheiden der ehemaligen NS-Funktionäre aus den zentralen Ämtern in Politik, Recht, Wissenschaft, Wirtschaft, Medizin und Massenmedien, hat dieses Beschweigen ihre Funktion für die Stabilisierung der Demokratie jedoch verloren.³⁰ Im Gegenteil spricht vieles dafür, dass mit deren zunehmenden Bedeutungsverlust in den 1970er Jahren die offensive Thematisierung der nationalsozialistischen Vergangenheit einen wichtigen Beitrag zur demokratischen Selbstverständigung in der Bundesrepublik geliefert hat.

Man kann die abnehmende Plausibilität eines Beschweigens der Vergangenheit mit der sinkenden Popularität des Liedes von Freddy Quinn vergleichen: Mit seiner Formel des „Vergangen, vergessen vorüber“ traf er den Zeitgeist der 1960er Jahre, doch schon in den 1970er Jahren passte es nicht mehr recht in die zunehmende, durch die Studentenbewegung geprägte Atmosphäre. Heutzutage ist das Lied vermutlich ähnlich schwer zu ertragen, wie die Forderung nach einem kommunikativen Beschweigen der nationalsozialistischen Vergangenheit.

Stefan Kühl ist Professor für Soziologie an der Universität Bielefeld und forscht zur Zeit am Beispiel von Kontinuität und Brüchen in Führungsmodellen über die Vergangenheitspolitik in der Bundesrepublik Deutschland.

²⁹ Zu den Ressentiments gegenüber der Studentenbewegung siehe nur *H. Lübke*: Deutschland nach dem Nationalismus 1945-1990 (wie Anm. 4), 203ff.

³⁰ Eckart Conze und Annette Weinke zielen auf diesen Punkt, wenn sie – etwas verklausuliert – davon schreiben, dass sich eine „eher konservative Argumentation“ der Funktionalität einer „gewissen Stille“ mit der „liberalen, linksliberalen Perspektive“ einer Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit sich aufgrund ihrer „zeitlichen Konsekutivität“ glatt miteinander verbinden lassen. Siehe *Eckart Conze, Annette Weinke*: Krisenhaftes Lernen? Formen der Demokratisierung in deutschen Behörden und Ministerien. In: *Tim Schanetzky u.a.* (Hrsg.): Demokratisierung der Deutschen. Errungenschaften und Anfechtungen eines Projekts. Göttingen 2020, S. 87–101, hier S. 94–95. Einfach ausgedrückt: Durch das Ausscheiden der ehemaligen NS-Eliten hatten sich die Zeiten so geändert, dass die Diskretion über die NS-Vergangenheit nicht mehr zur Stabilisierung der Demokratie beitragen und stattdessen die Aufklärung über die Verwicklung und Verdrängung einen Beitrag zur Demokratie leistete.